
SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT?

Rezension von: Grundtexte zur
Sozialen Marktwirtschaft

Herausgegeben von Wolfgang Stützel,
Christian Watrin, Hans Willgerodt,
Karl Hohmann.
Gustav Fischer Verlag,
Stuttgart – New York 1981

Ludwig Erhard, der Vater der Theorie der Sozialen Marktwirtschaft erfand sein Kind in einer ziemlichen Zwangslage. Einerseits hatte die Bevölkerung die bittere Erfahrung der faschistischen Zwangswirtschaft mit ihrer Rationierung der Lebensmittel und Arbeitsdienstplicht gemacht, andererseits steckte noch vielen der Schreck über die Auswirkungen der Marktwirtschaft in Form der Weltwirtschaftskrise in den Knochen. Es mußte eine Wirtschaftssystem gefunden werden, das weder nach reiner Marktwirtschaft noch nach Planwirtschaft aussah. Dies war die Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft. Daß dadurch das kapitalistische Wirtschaftssystem erhalten blieb, war für die Gründer dieser Theorie sicherlich Hauptantriebsfeder. Nach den Worten von Alfred Müller-Armack, dem damaligen Mitbegründer dieses Konzeptes ist die „Soziale Marktwirtschaft eine geistige Gegenposition zu allen Arten des Sozialismus“.

Einleitend kann gesagt werden, daß man sich beim Lesen des Buches des Eindrucks nicht erwehren kann, daß einerseits vieles immer wieder mit anderen Worten gesagt wird, andererseits das Buch stark von Ideologie und Weltanschauung einer bestimmten Richtung durchsetzt ist. Dies obwohl Alfred Müller-Armack 1947 noch schreibt: „Es ist durchaus verfehlt,

wirtschaftliche Fragen immer unter weltanschaulichem Aspekt zu sehen.“

Der erste Teil des Buches „Die Praxis der Sozialen Marktwirtschaft“ ist hauptsächlich dem Entstehen der Sozialen Marktwirtschaft und ihrem Fortbestehen bis 1950 gewidmet.

Gerade in diesem Abschnitt erkennt man, wie schnell sich damals die Verhältnisse und die Meinungen änderten. Proklamierte Ludwig Erhard 1947 noch „allein die sozialen und währungspolitischen Verhältnisse lassen eine straffere Planwirtschaft (die Bewirtschaftung aller Güter) unerlässlich erscheinen“, so sprach er 1948 bereits von einer „Befreiung von der staatlichen Befehlswirtschaft, die alle Menschen in das entwürdigende Joch einer alles Leben überwuchernden Bürokratie zwingt“.

Die Währungsreform 1948 sicherte schließlich den endgültigen Durchbruch der Marktwirtschaft in Deutschland. Es gab zwar noch kurze Zeit Bewirtschaftung von Hauptnahrungsmitteln und Grundstoffen, dies aber nur, weil es auf diesen Gebieten noch die größten Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung gab.

Auch diesbezüglich hatte Alfred Müller-Armack bereits ein Jahr vorher konkrete Vorstellungen in Richtung Marktwirtschaft: „Wenn gegenwärtig Deutschland seine Versorgung aus der Weltwirtschaft trotz hervorragender Welternten in jedem Sinne in Frage gestellt sieht, beruht dies einfach nicht auf einem objektiven Mangel an Nahrungsmitteln, sondern auf einer Schwierigkeit, in die die vordringende Lenkungsapparatur der Weltwirtschaft geraten ist. Eine Änderung ist nur möglich durch eine unmittelbare Einschaltung Deutschlands in die Weltwirtschaft, um durch den deutschen Export die marktwirtschaftlichen Anreize zu einer Mehrproduktion . . . auszulösen.“

So bewirkten der große Nachholbedarf sowohl an Konsumgütern als auch an Produktionsmitteln, der Mangel an Produktionskapazitäten, das

Einfließen amerikanischen Kapitals (Marshallplan) in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg eine Situation, in der das „freie Spiel der Kräfte“, das wenig behinderte Wirken der Marktgesetze, zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führen konnte. Nach der Phase der rein materiellen Wohlstandssteigerung haben es die Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft verabsäumt, den gesellschaftspolitischen Aspekt in den Vordergrund zu stellen und weiter zu entwickeln. Dies dürfte auch der Grund sein, warum dieser Ansatz heute nur mehr von den vergangenen Jahren des Wirtschaftswunders lebt. Müller-Armack schrieb zwar 1960 einen Artikel „Die Zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft“, Konsequenzen auf die praktische Politik blieben jedoch aus. Müller-Armack war der Meinung, daß wirtschaftspolitische Leitbilder nicht losgelöst von ihrer Zeitsituation betrachtet werden können und daß jedes wirtschaftspolitische Programm nach einer Zeit seiner Erprobung einer kritischen Überprüfung in Hinblick auf das Erreichte und das zu Erreichende bedarf. Er formulierte damals konkrete Vorstellungen und verlangte, daß die gesellschaftspolitischen Probleme vor die ökonomischen treten müssen, da weiteres ökonomisches Wachstum nicht genügt und relativ unbedeutend wird gegenüber Aufgaben anderer Art.

„Die weitergehende Expansion der Konsumversorgung dürfte für die meisten Menschen bald uninteressant werden, wenn nicht gleichzeitig aus öffentlichen Kräften, die dies allein vermögen, die Gesamtumweltform verbessert wird, in der sich unser öffentliches Leben vollzieht.“

Diese Worte im Jahre 1960 sind mehr als bemerkenswert. Stand doch die Frage der Umwelt und der Lebensbedingungen zu diesem Zeitpunkt noch überhaupt nicht zur Diskussion, was sich Jahre danach als Fehler herausstellen sollte. Es ist daher nicht überraschend, daß die Anregungen

Müller-Armacks bald in Vergessenheit gerieten.

War der erste Teil des Buches aus wirtschaftshistorischer Sicht interessant, so ist der zweite Teil „Die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft“ aufgrund der Dominanz von reiner Ideologie eher langatmig.

In 31 Artikeln beschäftigten sich Autoren aus dem 18. Jahrhundert bis zum Jahre 1980 mit den Aufgaben des Marktes, des Staates, der Verteilung und der Interdependenz der Ordnungen. Generell kann gesagt werden, daß man auch als Kritiker der Sozialen Marktwirtschaft einigen Meinungen, die hier vertreten werden, durchaus etwas Positives abgewinnen kann. Nur in der Realität scheiden sich dann die Geister.

Als ein gutes Beispiel für diese Tatsache eignet sich die Frage des Wettbewerbs. Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft sieht in einem Artikel „Staatliche Interventionen in einer Marktwirtschaft“ den Kern einer marktwirtschaftlichen Ordnung in der „Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung, begrenzt gesteuert durch den Wettbewerb und die Rechtsordnung“. Nun ist Wettbewerb auch meiner Ansicht nach durchaus zu begrüßen. Für die Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft ist es jedoch Ideologie, die in der Praxis überhaupt keine Realisierung findet. Man verlangt vom Staat Eingriffe, um die Marktmacht einzeln zu zerschlagen. So schreibt Ernst Joachim Mestmäcker 1973 in „Wettbewerbspolitik in der Industriegesellschaft“: „Deshalb sind ein grundsätzliches Kartellverbot und eine wirksame Fusionskontrolle die Grundlagen jeder Wettbewerbspolitik.“ Dies ist die graue Theorie. In der Praxis sind es oft genau jene Politiker, die sich in Reden als Vertreter der Marktwirtschaft hervortun und in der Praxis dann Konzentrationen und Kartelle fördern. Erinnert sei nur an den deutschen Bundesminister Graf Lambsdorff; der bei einigen großen Fusionen, gegen

die sich das Bundeskartellamt ausgesprochen hatte, im Nachhinein die Zustimmung erteilte (z. B. Kauf eines 25-Prozent-Anteils von der Ruhrgas AG durch BP).

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft spricht sich in dem bereits oben angeführten Artikel vehement gegen den „neuen“ Protektionismus aus. Aber sprechen denn nicht genau jene Leute am Sonntag vom Freihandel, die sich am Montag überlegen, wie man gegen Bestimmungen des GATT-Vertrages verstoßen kann? Dies ist eine Kluft zwischen Theorie und Praxis, die schlichtweg unglaublich macht.

Ein weiterer Punkt, wo sich Theorie und Praxis bei den Vertretern der Sozialen Marktwirtschaft stark unterscheiden, ist der der Staatseingriffe. Daß heute kein entwickeltes Industrieland mehr ohne Staatseingriffe auskommt, ist selbst den härtesten Vertretern der Sozialen Marktwirtschaft wenigstens im Stillen längst klar. Aber die Eingriffe sind ihrer Meinung nach nur gestattet, wenn sie „marktfonform“ sind.

Dazu Wilhelm Röpke in „Richtpunkte des liberalen Gesamtprogramms“ 1944: „Bei jedem Staatseingriff müssen wir uns darüber klar sein, ob er den Grundsätzen unseres marktwirtschaftlichen Systems noch gemäß und von ihm noch verdaut wird, oder ob das nicht der Fall ist... Diesem Zweck und keinem anderen dient diese Unterscheidung zwischen konformen und nichtkonformen Staatseingriffen.“ Marktkonform wäre per definitionem alles, was den Wettbewerb nicht verzerrt. So z. B. auch stärkere Umweltauflagen in bestimmten Bereichen, wenn sie für alle Firmen gelten. Doch sofort stößt man hier auf großen Widerstand, denn was marktkonform ist, bestimmen letztlich die Vertreter dieser Theorie. Es zeigt sich jedoch, daß wenn man von staatlicher Seite genügend Ausdauer und Durchsetzungskraft besitzt, sehr wohl Auflagen gerade im Umweltbereich mög-

lich sind, ohne den Wettbewerb zu beeinflussen.

Ein altes Steckenpferd der Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft in diesem Zusammenhang ist auch die Forderung nach Reprivatisierung von öffentlichen Unternehmen. „Die Privatisierung von Staatsleistungen ist nur ein Instrument in einer ganzen Palette von Möglichkeiten. Es hat allerdings einen weit größeren Anwendungsbereich als man zunächst vermutet. Die Gemeinden unterhalten Schlachthöfe, Gärtnereien und Kraftfahrzeughöfe... und vieles andere wäre privat und im Wettbewerb wahrscheinlich rationeller zu erledigen als im Staatsbetrieb.“ (Wolfram Engels, 1976)

Die Frage der Reprivatisierung von Gärtnereien ist nun sicherlich kein Thema, wo es sich lohnt einen ordnungspolitischen Feldzug zu starten. Generell muß aber gesagt werden, daß es sich bei den meisten öffentlichen Unternehmungen um Monopolunternehmungen handelt, und die Wahrscheinlichkeit, daß diese Monopolstellung von privaten wesentlich stärker ausgenutzt würde als von der öffentlichen Hand erscheint mir mehr als wahrscheinlich. Diese Tatsache spricht aber nicht gegen mehr Wettbewerb in einigen Bereichen, die ebenfalls von öffentlicher Hand betrieben werden, wie z. B. Bestattungsunternehmen oder auch die oben erwähnten Gärtnereien.

Als weiteres Beispiel für eine gewisse doppelbödige Haftung der Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft bleibt noch die Frage der Einkommensverteilung zu erwähnen.

So spricht die Sozialenquete – Kommission in dem Artikel „Wirtschaftspolitische Probleme der Sozialen Sicherheit“ von den „am Markt verdienten Einkommen“. Es kann sich hier nur um Zynismus handeln, wenn man das Gehalt einer Bedienerin und eines Generaldirektors als Resultat konkurrierender Marktkräfte ansieht. Vielmehr handelt es sich hier bestenfalls um Teilmärkte, die in Hierarchien zu-

einander stehen, oder aber wie beim Vermögen ist jeglicher Marktmechanismus zu vermissen.

All die oben erwähnten Punkte haben, würden sie in der Praxis ebenso vehement vertreten wie in der Theorie, eine gewisse Existenzberechtigung.

In einem Bereich jedoch – dem der Beschäftigung – kann das Versagen der Marktwirtschaft nicht oft genug und intensiv genug betont werden.

Ludwig Mises sprach 1926 in „Kritik des Interventionismus“ die Meinung der Vertreter der Marktwirtschaft zu diesem Thema ganz deutlich aus: „Bei dem Lohnsatz, der sich auf dem unbehinderten Markt bildet, finden alle Arbeiter Beschäftigung. Werden ceteris paribus irgendwo Arbeiter freigesetzt... dann muß dies auf die Lohnhöhe drücken; zu dem neuen niedrigeren Lohnsatz finden dann wieder alle Arbeiter Verwendung“. Seine geistigen Nachkommen sagen dies nicht mehr so offen, meinen aber immer noch dasselbe.

Wie unrichtig dies ist, zeigen die Arbeitslosenziffern der Industrielän-

der in den letzten Jahren. Denn nur dort, wo sich die Regierungen eindeutig zur Notwendigkeit der Vollbeschäftigung bekannt hatten, konnten die Auswirkungen der Schrumpfung des Sozialproduktes auf die Beschäftigung gering gehalten werden.

Abschließend kann gesagt werden, daß im vorliegenden Buch viel an Ideologie einer Sozialen Marktwirtschaft vertreten wird. In der Praxis läßt sich die Marktwirtschaft jedoch häufig darauf reduzieren, daß das gemacht wird, was den Unternehmen recht ist und die Ideologen untermauern dies.

In Wirklichkeit würde es aber um jenes Ausmaß politischer, und/oder sozial motivierter Interventionen von oben und von unten gehen, die den Marktprozeß auf jenen ihm zustehenden Bereich, wo er der Hebung des Lebensstandards dient, beschränken. Die Marktwirtschaft wird somit nicht zum Ziel, sondern zu einem mehrerer Instrumente (so wie die Planung), die die materiellen Grundlagen der Gesellschaft schaffen sollen.

Brigitte Ederer